

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/193

9. Oktober 1974

In den Fußstapfen der Regierung

CDU ohne jegliche eigene Konzeption in der Familienpolitik

Von Dr. Katharina Focke MdB
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Defensive konventionelle Abschreckung

Zur Entsperrung der Mittel für das Projekt MRCA

Von Bruno Friedrich MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 / 31 Zeilen

Schluß mit dem Kalten Krieg in der Pressepolitik!

Es geht um die Freiheit der Meinung und der Information

Von Dr. Klaus-Detlef Funke
Pressesprecher beim Bundesverband der Jungsozialisten
und Mitglied der Medienkommission beim Vorstand der SPD

Seite 4 und 5 / 88 Zeilen

In den Fußstapfen der Regierung

CDU ohne jegliche eigene Konzeption in der Familienpolitik

Von Dr. Katharina Focke MdB

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Wie erfolgreich die SPD-Politik auf sozialem Gebiet ist, hat der familienpolitische Kongreß der CDU in Münster gezeigt. Selten zuvor hat sich eine Opposition so zum Sprachrohr einer Regierung gemacht, denn die Union fordert auf einmal mit Pauken und Trompeten, woran von den Regierungsparteien seit Jahren mit Nachdruck gearbeitet wird, so z.B. Chancengleichheit, Partnerschaft, Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten.

Die CDU forderte die Entscheidungsfreiheit der Ehepartner, ihr Selbstverständnis und ihre Rolle in Gesellschaft, Ehe und Familie jeweils frei zu finden und zu gestalten. Für die Gestaltung von Ehe und Familie tragen Mann und Frau gemeinsam die Verantwortung und beide Eltern sind gleichermaßen zur Sorge für das Wohl des Kindes und seine Erziehung verpflichtet. Die "Partnerehe" wurde ebenfalls mit Vehemenz verlangt - nur ein neues Wort für einen alten Hut. Auch beim Problem der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau basieren die Forderungen der CDU auf Vorschlägen der SPD: Eigenständige soziale Sicherung in Form eines Versorgungsausgleichs der von beiden Ehepartnern erworbenen Ansprüche einschließlich eines Ausgleichs für die Zeit der Kindererziehung. Ohne viel Tam-Tam hat sich so das "Babyjahr" wieder in die CDU-Politik eingeschlichen, nachdem es doch erst vor zwei Jahren von der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag vom Tisch gefegt worden war.

Im Brustton tiefster Überzeugung hat der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl der Bundesregierung vorgeworfen, sie hätte kein familienpolitisches Konzept. Der Mainzer CDU-Sozialminister Dr. Heinrich Geissler, ein Freund noch wuchtigerer Worte, sprach sogar von einem "Skandal". Eine familienpolitische Konzeption, die für alle Familien ein allgemeingültiges Schema verschreibt, nachdem allein zu leben lohnt, hat die SPD freilich nicht. Aber das mit gutem Grund, wie die Selbstkritik Minister Geisslers beweist: "Die CDU-Familienpolitik hat sich zu lange mit der 'Familie' an sich und

zu wenig mit den in der Familie lebenden lebendigen Menschen, mit höchst unterschiedlichen Problemen und Interessen beschäftigt. Geschiedene und zerrüttete Ehen, Kindesmißhandlungen, alleinstehende Mütter und gefährdete Kinder sind auch Probleme der Familienpolitik."

Wir haben es seit Jahren stets als wichtigste Aufgabe der Familienpolitik angesehen, die Belange der Familie und ihrer einzelnen Mitglieder bei allen gesellschaftlichen Maßnahmen ganz besonders zu beachten. Für die Familienpolitik kann es nur eine offene Konzeption geben, die Spielraum für individuelle Lebensformen läßt und die individuell zugeschnittene Hilfsleistungen für konkrete Einzelfälle anbietet. Aktiv Familienpolitik betreiben heißt, in allen wirtschafts-, sozial-, gesellschafts- und bildungspolitischen Bereichen die Auswirkung einzelner Maßnahmen auf die Familie zu bedenken, vor allem heißt es, Lobby für Kinder zu sein.

Natürlich konnte nicht nur harmonisches Hand-in-Hand mit der Regierung für "die Familie - unsere Zukunft" (so das Thema des CDU-Kongresses) praktiziert werden. Wo bliebe sonst die Zukunft der CDU? Deshalb holte man kurz entschlossen den bewährten Schreckensmann aus seiner Ecke, und er malte denn auch eindrucksvoll die von der Inflation ins Armenhaus gebrachte kinderreiche Familie an die Wand. Es wurde behauptet, daß die soziale Unruhe, die heute die Gewerkschaften an der Basis störe, nicht vom ledigen oder kinderlos verheirateten Arbeiter ausgehe, sondern von der Arbeiterfamilie mit mehreren Kindern. Denn wird ein seltsamer Vergleich zwischen Äpfeln und Backlötzen angestellt: "Der Lohn eines ledigen durchschnittlich verdienender Arbeitnehmers ist von 1965 bis 1974 netto um rund 600 DM, d.h. um rund 100 vH. gestiegen. Im selben Zeitraum erhöhte sich das Sozialeinkommen auf Grund des Kindergeldes für eine Arbeitnehmerfamilie mit Kindern nur um 10 DM, nämlich um das Kindergeld für das dritte Kind." Was ist das für eine Milchmädchenrechnung? Natürlich ist auch der Lohn des Vaters mit vielen Kindern um 100 vH. gestiegen, und die steuerliche Kinderentlastung, die er im Gegensatz zu seinem kinderlosen Kollegen erhielt, verhalf ihm zu einem höheren Netto-Einkommen. Seit 1971 gibt es noch Wohngeld und unter Umständen Ausbildungsförderung für die Kinder nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz - Hilfeleistungen für die Familie, die es unter einer CDU-Regierung nie gegeben hat. Die Erhöhung um zehn DM beim Kindergeld fand übrigens erst 1970 statt - also unter einer SPD/FDP-Regierung. Die Regierungsparteien waren es auch, die den zur Zeit praktizierten Familienlastenausgleich als sozial nicht gerecht empfanden und deshalb eine Reform vorgeschlagen und durchgesetzt haben.

Wie sieht es denn in Wirklichkeit mit der Mehr-Kinder-Familie aus? 46 vH. der Familien in der Bundesrepublik haben ein Kind, 34 vH. zwei Kinder, 13 vH. drei Kinder, und nur sieben vH. haben vier und mehr Kinder. Es ist jedoch sinnlos, nach dem Gießkannenprinzip über alle kinderreichen Familien einen Geldregen niedergehen zu lassen, denn viele dieser Familien gehören einkommensstarken Schichten an. Wenn Hilfe, denn muß sie gezielt sein und zugeschnitten auf individuelle Bedürfnisse, sonst ist sie nicht sinnvoll und kostet nur Geld.

Aber alles in allem können wir nach diesem familienpolitischen Kongreß der CDU hoffnungsvoll in Zukunft unsere Vorhaben in diesem Bereich unpacken. Wenn die CDU bei dem bleibt, was sie gesagt hat, können wir mit einem kräftigen Rückenwind rechnen.
(-/9.10.1974/bgy/pr)

Defensive konventionelle Abschreckung

Zur Entperrung der Mittel für das Projekt MRCA

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion, die Haushaltsmittel für das Projekt MRCA zu entsperren, ist mehr als eine Routineentscheidung. Für die SPD ist eine glaubwürdige Sicherheitspolitik die Voraussetzung der Entspannungspolitik. "Deshalb werden wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern dafür sorgen, daß die eigene Verteidigungsfähigkeit nicht vernachlässigt wird"; so der Beschluß des letzten SPD-Parteitagess von Hannover.

Das Flugzeug vom Typ MRCA, sollte im nächsten Jahr die Entscheidung für seine Serienfertigung fallen, wird bis Mitte der 90er Jahre im Einsatz sein. Nicht nur technologische und militärpolitische, sondern auch allgemeine politische Veränderungen waren beim Für und Wider der MRCA-Entscheidung zu berücksichtigen. So ergaben sich u.a. folgende Fragen: Haben wir mit einer verdünnten amerikanischen Präsenz zu rechnen, gibt es künftig fortdauernde Änderungen der strategischen Situation in Süd- und Südosteuropa, neigen einige, besonders kleinere Bündnispartner der NATO zu einer Reduzierung ihrer Finanzmittel im Verteidigungsbereich, und wie kann bei diesen möglichen Entwicklungen unsere Sicherheit aufrechterhalten werden?

Die Sowjetunion hat andere militärpolitische Dimensionen zu beachten als die Bundesrepublik. Sie sieht sich u.a. als Gegenüber zu den USA, zu China. Für sie gibt es Grenzen der Abrüstung, so wie es für uns, die wir nicht Großmacht sind und sein wollen, Grenzen der Rüstungskapazitäten gibt. Die Entscheidung für MRCA ist gefallen, weil diese Waffe eine Waffe der defensiven konventionellen Abschreckung ist. Abschreckung ist für uns nicht ein gleichermaßen mögliches Angriffspotential, was z.B. eine dem Warschauer Pakt angemessene Panzerwaffe wäre. MRCA hat ausschließlich defensive Aufgaben. Aber es ist seiner Planung nach in dieser Funktion die modernste Waffe. Ein Angreifer würde ein hohes Risiko eingehen. Daß dieses Flugzeug in einer europäischen Gemeinschaftsproduktion gebaut wird, begrüßen alle, die es für notwendig halten, daß Europa im wichtigen technologischen Bereich des Flugzeugbaues nicht ausscheidet.

Europa hat nur dann ein wachsendes Gewicht, wenn politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Faktoren gemeinsam wirksam werden.

(-/9.10.1974/ks/pr)

+ + +

Schluß mit dem Kalten Krieg in der Pressepolitik I

Es geht um die Freiheit der Meinung und der Information

Von Dr. Klaus-Detlef Funke

Pressesprecher beim Bundesvorstand der Jungeozialisten
und Mitglied der Medienkommission beim Vorstand der SPD

Der Verlagsverbands-Präsident Johannes Binkowski hat auf der Jahrestagung seines Verbandes zum wiederholten Male bewiesen, daß die Presseunternehmer nicht bereit sind, dem Kalten Krieg in der Pressepolitik ein Ende zu setzen. Im Gegenteil, all' diejenigen, die sich für die Einführung der publizistischen und betrieblichen Mitbestimmung in den Zeitungshäusern einsetzen, werden als "Ideologen" apostrophiert. Dem muß eines ganz deutlich entgegengesetzt werden: Wer nach 20 Jahren Verlagergewinnen in regelmäßigen Abständen nach wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen ruft, muß mit sich auch über wirtschaftliche Mitbestimmung reden lassen. Selbst einen Wirtschaftsausschuß in den sog. Tendenzunternehmen lehnen die Verleger ab, die im übrigen wie keine andere Gruppe in der bundesdeutschen Wirtschaft über Privilegien verfügen.

Dieses Privileg heißt § 118 im Betriebsverfassungsgesetz und benachteiligt in krasser Weise die abhängig Beschäftigten in den Zeitungshäusern, schränkt die Mitbestimmung von Redakteuren und Technikern in unerträglicher Weise ein. Daß die Mehrheit der Verleger in einem Denken des Feudalkapitalismus befangen sind, beweist die Tatsache, daß die abhängig Beschäftigten in "ihren" Betrieben stärker denn je nach publizistischer und betrieblicher Mitbestimmung verlangen, wobei publizistische Mitbestimmung nicht nur als ein Recht für die Redakteure, sondern in letzter Konsequenz auch für die Betriebsräte verstanden wird.

Die pressepolitische Diskussion ist nunmehr genau 50 Jahre alt, denn im Jahre 1924 legte bereits der "Reichsverband der Deutschen Presse" ein Journalistengesetz vor, das dieselben Forderungen enthielt, die auch heute erhoben werden. Sie konnten jedoch von den Verlegern mit Erfolg - bis heute - verhindert werden.

Daß der Presserechtsrahmengesetzentwurf aus dem Innenministerium von Bundeskanzler Schmidt und Innenminister Maihofer zur Überarbeitung empfohlen wird, ist zu begrüßen. Nur muß von den politisch Verantwortlichen und Zuständigen auch endlich einmal klargemacht werden, was man denn eigentlich will. Dies wäre man nicht nur den Verlegern auf ihrer Jahrestagung schuldig gewesen, sondern insbesondere auch den Delegierten auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der in der nächsten Woche in Hamburg beginnt.

Es ist an der Zeit, den abhängig Beschäftigten in den Zeitungshäusern von Regierungsseite zu sagen, was sie von einem Gesetz erwarten können und inwieweit man den gewerkschaftlichen Forderungen Rechnung tragen will. Eines steht fest: der jetzt vorliegende Gesetzentwurf aus Bonn stößt auf keine große Gegenliebe. Ein Rahmengesetz sollte keine detaillierten Kündigungs-

schutzregelungen enthalten, sondern bestimmte Mindestbedingungen, die echte Mitbestimmung garantieren und später von den Tarifvertragsparteien und dem Lande Gesetzgeber ausgefüllt werden können. Mindestbedingungen heißt exakt fixierte und nicht erst ausdeutbare Rechte für die Redakteure.

Die sozialliberale Koalition kann ein echtes Pressereformgesetz schaffen, wenn sie die seit 50 Jahren geforderte Kompetenzabgrenzung von Verlag und Redaktion vornimmt, auf die sich die Tarifvertragsparteien aufgrund der ungleichen Kräfteverhältnisse nicht haben einigen können. Ein solches Gesetz ist untrennbarer Bestandteil der sog. Inneren Reformen und verdient keinen weiteren Aufschub. Dazu ist die Unruhe in den Pressebetrieben und die Diskussion der Sicherung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich zu groß.

Die SPD-Medienkommission hat in ihrem Positionspapier zum Bundespresserechtersrahmengesetz ausdrücklich auf die Einheit von publizistischer und betrieblicher Mitbestimmung hingewiesen. Daraus folgt auch das unbedingte Festhalten an der einheitlichen Arbeitnehmervertretung. Denn die Einrichtung von Redakteurausschüssen kann nur dann legitimiert werden, wenn sie nicht Gefahr laufen, zu einer Art Nebenbetriebsrat zu werden. Das Positionspapier der SPD-Kommission mit der vorgesehenen Verzahnung von Betriebsrat und Redaktionsrat und den effektiven publizistischen, personellen und betrieblichen Mitbestimmungsrechten hatte keinen Eingang in den FDP-Referentenentwurf gefunden. Schon allein deshalb konnte sich kein Sozialdemokrat damit identifizieren. Dies würde nämlich ein zweites Mitbestimmungsverhinderungsgesetz bedeuten, das zudem die Arbeitnehmer im Zeitungsbetrieb aufspaltet. Hier aber liegt die Wurzel allen Streits: Wer eine echte Pressereform will, muß den durch den § 118 im Betriebsverfassungsgesetz auf Kosten der Arbeitnehmer bisher dem Verleger vorbehaltenen Freiraum ankratzen. Deshalb geht es hier nicht um eine verschwommene presserechtliche Lösung, wie einige Liberale glauben machen wollen, sondern auch um eine arbeitsrechtliche und betriebsverfassungsrechtliche.

Und schließlich: Eine Fusionskontrolle für Presseunternehmen in Form des Gesetzentwurfs der Bundesregierung, den wir begrüßen, kann in Verbindung mit bestimmten Auflagen publizistische Machtzusammenballungen verhindern und Arbeitsplätze sichern. Dieses Vorhaben wird sich aber erst dann voll zugunsten der abhängig Beschäftigten im Pressebereich auswirken, wenn es kombiniert wird mit einer weitgehenden Demokratisierung von Verlag und Redaktion. Dann erst wird eine pressepolitische Reform eingeleitet, die von den Betroffenen und ihrer Gewerkschaft seit langem gefordert und von der sozialliberalen Koalition erwartet wird.

In diesem Vorhaben werden die Jungsozialisten Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Bundesregierung solidarisch unterstützen und innerhalb der Bevölkerung und in den Gewerkschaften dafür mobilisieren. Denn es geht um die Freiheit der Meinungsäußerung und der Information in der Bundesrepublik.

(-/9.10.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller